



Christian Schepers

Das öffentlich-rechtliche Programm und seine Finanzierung

Reformbedürfnisse und -anstrengungen vor dem Hintergrund der gescheiterten Beitragserhöhung im Dezember 2020

Schriften zu Kommunikationsfragen, Band 52

366 Seiten, 2023

ISBN 978-3-428-18866-6, geb., € 109,90*

Alle Informationen zum Titel: www.duncker-humblot.de/9783428188666

Es sind vorwiegend die Bürger, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und sein Programm mit Beiträgen finanzieren. Die Pflicht zur Entrichtung einer Geldleistung ergibt sich aus dem Gesetz. Die Debatte um Programm, Struktur und Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks entzündet sich daher in verlässlicher Regelmäßigkeit an anstehenden Beitragserhöhungen. Im Dezember 2020 scheiterte die Beitragserhöhung am Veto Sachsen-Anhalts. Der Vorgang war Anstoß für Reformbestrebungen, die in der Reform des Programmauftrags mündeten.

Die Arbeit untersucht, welcher Reformen es bedarf, um das öffentlich-rechtliche Programm in Struktur und Inhalt an die sich wandelnden Bedürfnisse und Interessen der Gesellschaft anzupassen und stellt sie der Reform des Programmauftrags nach dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag sowie weiteren Reformvorschlägen gegenüber. Hierbei kommt auch das Verfahren zur Festsetzung des Rundfunkbeitrags hin zu einem Indexierungsmodell auf den Prüfstand.

Inhalt

1. Der Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Die Rundfunkfreiheit als verfassungsrechtlicher Gestaltungsauftrag — Ein Blick in die Vergangenheit — Die Sondersituation im Rundfunkwesen — Öffentlich-rechtliche »Grundversorgung« mit Begründung der dualen Rundfunkordnung — Der Funktionsauftrag — Zur Ablösung der Grundversorgungsdogmatik — Der Funktionsauftrag in der digitalen Kommunikationsordnung — Inhalt und Ausgestaltung des gesetzlich konkretisierten Programmauftrags

2. Das Verfahren zur Festsetzung des Rundfunkbeitrags

Strukturvorgaben des Bundesverfassungsgerichts — Das dreistufige Beitragsfestsetzungsverfahren — Das Beitragsfestsetzungsverfahren in der Kritik

3. Flexibilisierung des Auftrags

Die Auftragsflexibilisierung nach den §§ 28, 32a MStV — Die Flexibilisierung als Gegenstand des verfassungsrechtlichen Gestaltungsauftrags — Verfassungswidrigkeit programmzahlbegrenzender Regelungen im Medienstaatvertrag — Verfassungswidrigkeit einer Beschränkung des Finanzbedarfs nach



oben — Erforderlichkeit tauglicher Instrumente zur Regulierung von Programmentscheidungen — Vereinbarkeit der anstaltseigenen Auftragskonkretisierung im Bereich linearer Angebote mit europarechtlichen Vorgaben — Der Rundfunkrat als zentraler Entscheidungsträger im Modell der Flexibilisierung — Reformbedürfnisse im Genehmigungsverfahren des § 32 MStV

4. Fokussierung des Auftrags und Schärfung des Programms

Auftragsfokussierung und Programmschärfung im Dritten Medienänderungsstaatsvertrag — Die Fokussierung des Rundfunkauftrags im Spannungsfeld zwischen gesetzgeberischem Gestaltungsspielraum und anstaltlicher Programmautonomie — Gesetzlich intendierte Fokussierung auf bestimmte Programmsparten — Fokussierung des Rundfunkauftrags in qualitativer Hinsicht — Schärfung des Programms durch eine gesetzlich angeregte Mehrwertkontrolle

5. Indexierung des Rundfunkbeitrags

Grundzüge des Indexierungsmodells — Verfassungsrechtliche Anforderungen an das Indexierungsmodell — Europarechtliche Anforderungen an das Indexierungsmodell — Zur Kombination des Flexibilisierungs- mit dem Indexierungsmodell — Alternative: Beitragsfestsetzung durch Mehrheitsentscheidung

Fazit

Ergebnisse in Thesen

Anlage: Diskussionsentwurf

Literatur- und Stichwortverzeichnis